

Entwurf Satzungsänderungsantrag-Ergänzung

Verbesserungsvorschlag mit dem Ziel zur Gründung eines Dachverbandes mit dem bundesweiten Titel Behindertenpolitik unter Beibehaltung einzelner Arbeitsgemeinschaften.

Wir beantragen, den folgenden Text, an der passenden Stelle, ins BundesParteiprogramm der Piratenpartei mit aufzunehmen:

- 1.) Die einseitig, feministisch orientierten Vereine von Wildwasser, Zartbitter usw. (Liste bei AG Behindertenrecht einsehbar) müssen nicht länger von der Bundesregierung bezuschußt werden. Die Offenlegung des Finanzstatus ist ein Bürgerrecht. Als Begründung sei auf die Anlage im Anhang verwiesen. Daraus resultierten in der Vergangenheit zahlreiche Zusammenschlüsse (Schirmherrin runder Tisch sexuell mißbrauchte/r Opfer, ehemalige Familienministerin Frau Dr. Christine Bergmann, Vorstand N.I.N.A.) u.a. mit der Kinderschutzambulanz, Hüfferstr. 18, 48149 Münster, Tel 0251 41854-0, Fax 0251 4185426 und steht bis jetzt außer Konkurrenz.
- 2.) Der Dachverband Behindertenpolitik braucht auf Bundesebene eine unabhängige, übergeordnete Kontrollinstanz (Kommission und Gutachterstelle) bestehend aus Familienhelfern, Betreuern, persönliche Assistenten usw. um der Politik zum Thema Mißbrauch mit dem Mißbrauch eine politische Richtung vorzugeben.
- 3.) Für die gerichtlich beschlossenen, einseitig, feministisch, gerichtshörigen Betreuungsvereine fehlt vom BGH Karlsruhe eine beschlossene Haftung der Betreuer/innen auf Bundesebene.
- 4.) Wir brauchen eine/n Behindertenrechtsbeauftragte/n auf Bundesesebene (siehe Resolution 61/106 AG Behindertenrecht) der /die Artikel anwenden muß. Das Risiko, bei Zusammenschlüssen auseinanderzubrechen, muß ausgeschlossen werden. Dazu gibt es bestimmte Satzungen, wo was festgelegt wird. Wir sind Pressestelle für Einzelfälle (Fallbeispiele), die dann in die Bundespolitik mit einfließen sollen.

Vielen Dank mit freundlichen Grüßen

A. Huber
AG Behindertenrecht in Gründung

Anhang

Es werden seit den letzten Skandalen aus den Jahren 1997 bis heute immer noch Menschen in Deutschland zu Unrecht inhaftiert, entweder in stationären Einrichtungen zwangspsychiatrisiert meistens durch Betreuungsrichter/innen, in Gefängnissen zwangstherapiert oder politisch verfolgt. Es wird überlegt, solche Verfahren bald nicht mehr an die Öffentlichkeit dringen zu lassen.

A. Huber
AG Behindertenrecht in Gründung

Anhang